

Gewalt geht von Schülern, Eltern, Schulleitungen und Kollegen aus

Eine GEW-Befragung zeigt: Mehr als die Hälfte der Schulbeschäftigten in Oldenburg erlebt Gewalt. Stress, Angst und psychische Belastung sind die Folge. Was schockiert: Auch Kollegen und Schulleitungen sind Täter.



Tatort Schule: Beschäftigte an Oldenburger Schulen berichten in einer Befragung der Gewerkschaft GEW von vielschichtigen Gewalterfahrungen. Sie geht von Schülern und Eltern, aber auch von Kollegen und Schulleitungen aus.

dpa

Zusammengefasst

- Laut einer GEW-Befragung erleben über die Hälfte der Schulbeschäftigten in Oldenburg Gewalt, wobei Schüler, Erziehungsberechtigte, Kollegen und Schulleitungen als Täter genannt werden.
- Verbale, psychische und physische Gewalt sind besonders verbreitet; 65,4 Prozent berichten von kurzfristigem Stress und viele geben an, mehrfach von Gewalt betroffen zu sein.
- GEW-Bezirksvorsitzende Wencke Hlynisdóttir kritisiert fehlende Meldewege und mangelhafte Prävention und sieht politischen Handlungsbedarf, besonders nach Inkrafttreten eines neuen Erlasses zur Gewaltprävention.

Oldenburg - Gewalt in ihren vielschichtigen Formen gehört für viele Beschäftigte an Oldenburger Schulen zum Alltag. Die erlebte Gewalt geht dabei überwiegend von Schülern aus, aber zu einem deutlichen Teil auch

von den Erziehungsberechtigten der Kinder. Und: Auch Kollegen und Schulleitungen üben Gewalt aus – und dieser Punkt schockiert Wencke Hlynisdóttir besonders. Sie ist die Vorsitzende des Bezirks Weser-Ems der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Niedersachsen, der eine Befragung unter Schulbeschäftigten angestoßen hat, um ein belastbares Bild von Gewalterfahrungen an Schulen in der Region zu bekommen.

Vielschichtige Gewalterfahrungen

Das Bild, das sich für Oldenburg abzeichnet, ist deutlich: 237 Befragte haben sich geäußert. 56 Prozent sagen, das Gewalt „eher präsent“ oder „stark präsent“ ist. Besonders verbreitet ist verbale Gewalt, von der 87,6 Prozent berichten. 72,8 Prozent haben psychische Gewalt erlebt und 65 Prozent physische Gewalt. Auch Sachbeschädigungen mit Gewaltintention (52,9 Prozent) sowie digitale Gewalt (21,4 Prozent) und sexuelle Belästigung oder Übergriffe (21,3 Prozent) spielen eine Rolle.

Viele der Befragten geben dabei mehrfache Gewalterfahrungen an. Mit 84 Prozent gehen diese überwiegend von Schülern und Schülerinnen aus, Erziehungsberechtigte werden in 43,9 Prozent als Verursacher genannt, Kollegen und Kolleginnen mit 22,8 Prozent und Schulleitungen mit 28,7 Prozent. „Nicht verwundert hat mich der Anteil innerhalb der Elternschaft, der Gewalt – in welcher Form auch immer – gegen Schulbeschäftigte ausübt. Diese Zahl mal erhoben zu sehen, bestätigt zumindest meinen Eindruck. Erschrocken hingegen hat mich in Oldenburg der mit 29 Prozent viel zu hohe Anteil von Schulleitungsmitgliedern sowie 23 Prozent innerhalb eines Kollegiums, die Gewalt gegen ihre eigenen Kolleg*innen ausüben“, sagt Wencke Hlynisdóttir: „Dass es im Allgemeinen eine Zunahme der Präsenz von Gewalterfahrungen gibt, hat mich nicht verwundert. Im Gegenteil, hier bestätigen sich Bauchgefühl und unzählige Rückmeldungen aus dem Schulbereich.“ Denn: 45,9 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass Gewalt in den vergangenen fünf Jahren zugenommen hat, weitere 12,6 Prozent stimmen eher zu. Insgesamt sehen damit 58,5 Prozent eine Zunahme.

Angst und Stress

Mit 81 Prozent haben mehrheitlich Lehrer an der Befragung teilgenommen. In Oldenburg arbeiten rund 2000 Lehrer an den allgemeinbildenden Schulen. Wencke Hlynisdóttir: „Die vorliegenden Ergebnisse zeigen deutlich, dass Gewalt gegen Beschäftigte im schulischen Kontext kein randständiges Phänomen ist, sondern für viele Betroffene zum beruflichen Alltag gehört. Insbesondere die hohe Verbreitung verbaler und psychischer Gewalt sowie die relevante Häufigkeit physischer Übergriffe verdeutlichen die Dringlichkeit des Themas.“

Die GEW-Bezirksvorsitzende spricht in Verbindung mit den Belastungsfolgen von einem „ernstzunehmendes Gesamtbild“. Demnach berichten 65,4 Prozent der Befragten von kurzfristigem Stress, 32,9 Prozent von Ängsten und 30,4 Prozent von langfristiger psychischer Belastung. Bei 25,7 Prozent verändert sich das Verhalten im Unterricht oder im Kollegium, 24,9 Prozent berichten von körperlichen Symptomen und 10,5 Prozent haben bereits einen Schul- oder Berufswechsel erwogen. Lediglich 9,7 Prozent geben an, keine spürbaren Auswirkungen zu erleben.

Unklare Zuständigkeiten

Für Wencke Hlynisdóttir machen die Ergebnisse deutlich, dass zwischen der Häufigkeit von Gewalt und dem institutionellen Umgang damit eine Diskrepanz besteht: „Während Gewalt von einem Großteil der Befragten als präsent wahrgenommen wird, zeigen sich im Bereich der strukturellen Bewältigung erhebliche Defizite. Diese betreffen insbesondere fehlende oder unklare Zuständigkeiten, unzureichend etablierte Meldewege sowie Defizite in der Nachsorge und Prävention.“ Ein zentrales Problem stelle dabei das Meldeverhalten dar. Die Tatsache, dass viele Betroffene Vorfälle nicht (20 Prozent) oder nur teilweise (36 Prozent) melden, weise auf ein Dunkelfeld hin. Die Gründe hierfür – etwa die Einschätzung, dass Vorfälle „nicht schwerwiegend genug“ seien, der Wunsch nach eigenständiger Lösung oder Unsicherheiten bezüglich Zuständigkeiten – „deuten auf eine Normalisierung von Gewalt im Schulalltag hin“ und „gleichzeitig spiegeln sie ein begrenztes Vertrauen in bestehende Unterstützungsstrukturen wider“. Meldeprozesse müssten formal etabliert, fest verankert und niedrigschwellig zugänglich werden.

Ergebnisse an die Politik

Die Ergebnisse der Befragung verschwinden nicht im Datenspeicher der Gewerkschaft, sondern gehen an die Politik. „In Oldenburg habe ich mich mit Schulausschussmitgliedern der SPD-Fraktion getroffen.“ Dabei sieht die GEW-Bezirksvorsitzende die Verantwortung überwiegend nicht auf kommunaler Ebene: „Allerdings sind auch marode Gebäudezustände oder wenig einladende Schulausstattung nicht unwesentlich für eine Gewaltbereitschaft.“ Schulausschüsse könnten über Schulamtsleitungen Nachfragen zu aktuellen Gewaltpräventionskonzepten an Schulen stellen. „Dadurch rückt die Thematik in den Fokus und Konzepte werden im Optimalfall den aktuellen Zuständen angepasst.“ Und weiter: „Auch das Kulturministerium wird unsere Ergebnisse bekommen, denn zum 1. August wurde ein novellierter Gewaltpräventionserlass gültig, der den Schutz der Beschäftigten meines Erachtens nur als Lippenbekenntnis in den Erlass aufgenommen hat.“